

Stadtverordnetenfraktion PRO Korbach

Kilianstraße 4, 34497 Korbach

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Lieselotte Hiller
Rathaus
Stechbahn 1
34497 Korbach

25.11.2014

E. 26. 11. 14 J.

Sehr geehrte Frau Hiller,

wir bitten um Aufnahme auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung am 12.12.2014:

Keine Freihandelsabkommen auf Kosten der Kommunen und ihrer BürgerInnen - Resolution gegen CETA (Comprehensive Economic Trade Agreement)ⁱ, TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership)ⁱⁱ und TiSA (Trade in Services Agreement)ⁱⁱⁱ in der derzeitigen Form

Die Korbacher Stadtverordnetenversammlung möge in öffentlicher Sitzung den folgenden Beschluss fassen:

Die Korbacher Stadtverordnetenversammlung,

- 1) lehnt alle Vorstöße in den geplanten bi- und multilateralen Handelsverträgen CETA (EU-Kanada), TTIP (EU-USA) und TiSA (EU-USA-WTO) ab, die

1.1 Investoren Sonderklagerechte außerhalb nationaler/europäischer Gerichtsbarkeit ermöglichen sowie

1.2 das Recht der kommunalen Selbstverwaltung und Daseinsvorsorge - inklusive der Rekommunalisierung liberalisierter Dienstleistungsbereiche - torpedieren oder beschneiden.

Insbesondere wird die durch alle Abkommen angestrebte weitere Privatisierung, verbunden mit einem Verbot der Rekommunalisierung, von öffentlichen Dienstleistungen abgelehnt.

- 2) fordert die hessische Landesregierung auf, sich in Berlin und Brüssel für einen Abbruch der Verhandlungen über die Abkommen TTIP, CETA und TiSA in der jetzigen Form und für ein alternatives Verhandlungsmandat^{iv} der Kommission in der Handelspolitik einzusetzen. Hierbei verweisen wir auch auf die gemeinsamen Forderungen des Deutschen Städtetages, Deutschen Landkreistages, Deutschen Städte- und Gemeindebundes sowie Verbandes Kommunaler Unternehmen vom Oktober 2014^v.

Diese lauten:

2.1 Kommunale Organisationsfreiheit bei der Daseinsvorsorge - Ausnahme von Marktzugangsverpflichtungen gewährleisten!

2.2 Öffentliches Beschaffungswesen und Wettbewerbsrecht - Nicht über das europäische Vergabe- und Konzessionspaket hinausgehen!

2.3 Investorenschutz - Zuständigkeit der nationalen Gerichtsbarkeit auch für Investoren aus Drittstaaten!

2.4 Umwelt- und Verbraucherschutz - Keine Verpflichtung zum Abbau von Schutzstandards!

2.5 Transparenz - Einbindung kommunaler Vertreter in Beratergruppen!

2.6 TiSA - Keine Verhandlungen über das kommunale Selbstverwaltungsrecht und das Recht zur Rekommunalisierung von privatisierten Bereichen (z. B. im Wasser -und Abwasserbereich).

- 3) fordert die hessische Landesregierung auf, die Abkommen TTIP, CETA und TiSA bis zur Umsetzung der zuvor genannten gemeinsamen Forderungen im Bundesrat abzulehnen. Insbesondere darf keinem Abkommen zugestimmt werden, welches durch eine Investor-Staat-Schiedsgerichtsbarkeit Privatunternehmen Sonderklagerechte außerhalb der nationalen/europäischen Gerichtsbarkeit gegen Entscheidungen auf bundes-, landes- und kommunaler Ebene gewährt. Ebenso darf die sogenannte "Lock-In- bzw. Ratchet-Klausel", die eine Rekommunalisierung liberalisierter Dienstleistungsbereiche entweder verbietet^{vi} bzw. - wenn überhaupt - nur noch unter Zahlung von hohen Schadensersatzzahlungen ermöglicht^{vii}, kein Bestandteil der Abkommen werden.
- 4) fordert den Magistrat der Kreis- und Hansestadt Korbach auf, die Korbacher BürgerInnen über die Auswirkungen der geplanten Freihandelsabkommen CETA, TTIP und TiSA zu informieren. In diesem Zusammenhang wird auch darauf hingewiesen, dass gemäß § 8 a HGO zur Unterrichtung der Bürger über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde mindestens einmal im Jahr eine Bürgerversammlung abgehalten werden soll.

Begründung:

Nach dem Scheitern der globalen Liberalisierungsbestrebungen innerhalb der Welthandelsorganisation WTO verhandelt die Europäische Union derzeit eine neue Generation von Freihandelsabkommen: Die *Transatlantic Trade and Investment Partnership* (TTIP) zwischen der EU und den USA, das europäisch-kanadische *Comprehensive Economic and Trade Agreement* (CETA), sowie das multilaterale *Trade in Services Agreement* (TiSA). Ein Abschluss dieser Abkommen würde auch den Landkreis Waldeck-Frankenberg und die Kreis- und Hansestadt Korbach betreffen.

Vier Beispiele für mögliche lokale Auswirkungen sind:

1. Handelsabkommen, die das Regelungs- und Entscheidungsrecht der Kommunen im Bereich der Daseinsvorsorge achten, müssten die Möglichkeiten der Kommunen erhalten, öffentliche Dienste (wie zum Beispiel die Wasserversorgung) zu erhalten, wiederzubeleben, zu rekommunalisieren, auszuweiten und neu zu schaffen. Vom Geltungsbereich der Vorschriften zur Marktöffnung sowie von Investitionsschutzklauseln in solchen Abkommen müssen sie umfassend und explizit ausgenommen sein. Sowohl TTIP als auch CETA genügen diesem Anspruch überhaupt nicht. Beispielsweise kritisiert die Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft (AöW) in einer Auswertung zu CETA von 15. September 2014^{viii}, dass die Wasserversorgung und Daseinsvorsorge in dem vor dem Ratifizierungsprozess stehenden Abkommen mit Kanada bisher nicht von der Privatisierung ausgenommen und somit nicht geschützt seien. In einer Pressemitteilung vom 25. September 2014^{ix} heißt es dazu:

"Die AöW sieht deshalb weiter die Gefahr, dass über Freihandelsabkommen in die kommunale Selbstverwaltung eingegriffen wird und sich internationale Konzerne den Marktzugang in die öffentliche Wasserwirtschaft und die Daseinsvorsorge einklagen können."

Eine besondere Bedrohung stellt zudem TiSA dar, da das Abkommen eine weitgehende Kommerzialisierung öffentlicher Dienstleistung erreichen möchte^x.

2. Im Landkreis Waldeck-Frankenberg sowie dem Hoheitsgebiet der Kreis- und Hansestadt Korbach spielt eine kleinstrukturierte Landwirtschaft immer noch eine wichtige Rolle (auch, was die Landschaftspflege betrifft). Die Landwirtschaft in Nordamerika arbeitet teilweise unter völlig anderen Bedingungen und in ganz anderen Maßstäben. Sie durch eine Marktöffnung für Agrarprodukte in direkte Konkurrenz zu setzen könnte hier bei uns zu einem weiteren Höfesterben und langfristig der Aufgabe landwirtschaftlicher Fläche führen. Dabei ist irrelevant, ob eine Marktöffnung durch eine Harmonisierung von Standards und Verfahren, eine gegenseitige Anerkennung von Standards oder eine Senkung oder Abschaffung von Zöllen erreicht wird.
3. Ein Ziel der Verhandlungsführer in den Verhandlungen zu TTIP ist eine Öffnung des europäischen Markts für Lebensmittel, die mit Gentechnik, Wachstumshormonen oder in der EU nicht zugelassenen Pestiziden produziert wurden. Im Landkreis Waldeck-Frankenberg sowie dem Hoheitsgebiet der Kreis- und Hansestadt Korbach setzen sich Bauern und Bäuerinnen, Umweltschutzorganisationen und die Kommunalpolitik seit Jahren für die Gentechnikfreiheit der Landwirtschaft und Lebensmittel ein. Eine Verhandlung der europäischen Gesetzgebung in diesen Bereich ist für uns nicht akzeptabel.
4. In Nordhessen gab es Pläne, Erdgas mit Hilfe der sogenannten Fracking-Technik zu fördern. Die beantragte Aufsuchungserlaubnis wurde wegen überwiegender öffentlicher Interessen versagt. Dies geschah auch, weil die Aufsuchung und Gewinnung fossiler Brennstoffe den bereits politisch beschlossenen und sich im Regionalplan Nordhessen widerspiegelnden Klimaschutzziele und Zielen der Energiepolitik widerspricht.

In der Vergangenheit haben aber Veränderungen in der Energiepolitik und die Ablehnung von Fördergenehmigungen zu internationalen Schadensersatzklagen auf der Basis von Freihandels- und Investitionsschutzabkommen geführt.

Diese mögliche Bedrohung wird durch die aktuelle Klage Unternehmens Lone Pine gegen die kanadische Regierung genährt. Die Klage erfolgt auf der Grundlage des nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA. Lone Pine verklagt als kanadisches Unternehmen über seine US-Tochter die kanadische Regierung vor einem internationalen Schiedsgericht. Das Klageverfahren erfolgt außerhalb jeglicher nationaler Gerichtsbarkeit. Das Unternehmen möchte 250 Mio. \$ Schadensersatz von der kanadischen Regierung weil die Region Quebec ein Fracking-Moratorium beschlossen hat^{xi}

Alleine an diesem Fall sieht man, dass die Abkommen TTIP und CETA mit ihren Investitionsschutzklauseln die Möglichkeiten, vor Ort Maßnahmen zum Schutz von Mensch und Umwelt zu ergreifen, massivst bedrohen.

Mit freundlichen Grüßen


Beate Mehrhoff
(Fraktionsvorsitzende)

-
- ii Transatlantic Trade and Investment Partnership
http://de.wikipedia.org/wiki/Transatlantisches_Freihandelsabkommen
 - iii Trade in Services Agreement
http://de.wikipedia.org/wiki/Trade_in_Services_Agreement
 - iv <http://www.alternativtrademandate.org/>
 - v
http://www.dstgb.de/dstgb/Home/Pressemeldungen/Freihandelsabkommen%3A%20Risiken%20f%C3%BCr%20Daseinsvorsorge%20ausschlie%C3%9Fen,%20Chancen%20f%C3%BCr%20mehr%20Wachstum%20nutzen/3414_Positionspapier_TTIP_Okt_2014_Presse.pdf
 - vi <http://bayr.vr.de/2014/02/11/potentielle-auswirkungen-des-transatlantischen-freihandelsabkommens-ttip-auf-die-kommunale-organisationsfreiheit-im-bereich-wasservers-und-abwasserentsorgung/>
 - vii Interview mit Steve Verheul, dem kanadischen Chefverhandler des Freihandelsabkommens zwischen EU und Kanada, Wiener Zeitung vom 07.10.2014, "TTIP hat es Kanada schwer gemacht."
http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/europa/europaeische_union/?em_cnt=666849
 - viii http://www.aew.de/media/Themen/Europa/Vorlaufige_AeW-Auswertung_CETA-Text_2014-09-15.pdf
 - ix <http://www.aew.de/pages/posts/aeW-kritisiert-wasserversorgung-in-ceta-bisher-doch-nicht-ausreichend-vor-privatisierung-geschuetzt-82.php#>
 - x http://www.aew.de/media/startseite/AeW-Schreiben_an_Frau_Bundeskanzlerin_TTIP_CETA_TISA.pdf
<http://www.monde-diplomatique.de/pm/2014/09/12.mondeText1.artikel,a0055.idx,17>
 - xi <http://www.italaw.com/sites/default/files/case-documents/italaw1596.pdf>